

China als Vermittler auf internationalem Parkett – Der Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm

Carola Milbrodt*

Im internationalen Disput um das nordkoreanische Atomprogramm hat die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) nach mehr als zweijährigen Verhandlungen im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche endlich eingelenkt. Nordkorea stimmte im September diesen Jahres einem Verzicht auf sein Atomprogramm zu, wofür es im Gegenzug umfangreiche Energielieferungen sowie Sicherheitsgarantien erhalten soll (C.a., 5/2005, Dok 2). Die Einigung wurde in der vierten Runde der multilateralen Gespräche erzielt, an denen neben Gastgeber China auch die weiteren Verhandlungspartner USA, Südkorea, Japan sowie die Russische Föderation teilnahmen.

Nach diesem ersten echten Verhandlungserfolg seit Beginn der Sechser-Gespräche im August 2003 gibt es weiterhin viele offene Fragen und Unsicherheiten. Auch die Gefahr eines erneuten Rückzugs, wie ihn Nordkorea bereits mehrmals – zuletzt einen Tag nach dem erzielten Kompromiss im September – vollzog, besteht weiterhin. Im November wurde der Dialog bereits mit einer fünften multilateralen Verhandlungsrunde fortgesetzt, um die konkrete Umsetzung der gemeinsamen Erklärung vom 19. September zu diskutieren. Trotz bestehender Schwierigkeiten gibt der Stand der Verhandlungen Anlass zur Zuversicht, eine diplomatische Beilegung des atomaren Streits mit Nordkorea zu erzielen. Angesichts der Gefahren, die von der Entwicklung in Nordkorea ausgehen, ist eine Einigung auf dem Weg der Diplomatie von „höchster Priorität“, wie auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen (United Nations, UN) vor Aufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche verdeutlichte (AG Friedensforschung 2003b).

Im Folgenden soll ein Blick auf die Entstehung des Konfliktes und den Verlauf der bisherigen Verhandlungen geworfen werden. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen hierbei Beijings Interessen sowie die chinesische Rolle als Vermittler im Einigungsprozess. Um die besondere Bedeutung Chinas in dieser Angelegenheit zu verstehen, soll zunächst kurz auf die Beziehungen zwischen Nordkorea und der VR China eingegangen werden.

Entwicklung der chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen

Chinesisch-nordkoreanische Beziehungen in der Mao-Ära

Mit ihrem massiven militärischen Einsatz während des Koreakrieges verhinderte die VR China 1951 eine sich anbahnende Niederlage Nordkoreas. Trotz hoher Verluste, auch auf chinesischer Seite, war der Krieg für Chinas Führung erfolgreich. Eine militärische Niederlage des befreundeten Nachbarlandes, mit dem Ergebnis einer vollständig US-dominierten koreanischen Halbinsel, hätte für Beijing ein nicht zu akzeptierendes Sicherheitsrisiko und ein Eingeständnis der Schwäche bedeutet. Die VR China konnte mit ihrer militärischen Intervention sowohl das Überleben der DVRK sichern und zugleich ihre Vormachtstellung in Teilen Koreas wiedererlangen, die sie mit der japanischen Kolonisierung Koreas verloren hatte. Beijing konnte sich außerdem mit dem Kriegseinsatz als Schutzmacht Nordkoreas etablieren (Maass 2004: 245-247).

Das während des Koreakrieges „mit Blut besiegelte“ (Maass 2004: 250) Bündnis zwischen der VR China und der DVRK wurde insbesondere in den fünfziger Jahren propagiert und inszeniert. Beijing und Pyeongyang schlossen eine Reihe von Abkommen, um eine auf gemeinsamer Ideologie basierende, umfassende Zusammenarbeit zu entwickeln (Maass 2004: 247). Die DVRK unterzeichnete 1961 militärische Beistandsverträge sowohl mit der Sowjetunion als auch mit China, wobei das chinesisch-nordkoreanische Abkommen keine zeitliche Begrenzung enthielt (Maass 2004: 248). Nachdem es Anfang der sechziger Jahre zu wachsenden Spannungen zwischen Beijing und Moskau gekommen war, verstärkte sich auch der Wettstreit beider Großmächte um politischen Einfluss in Nordkorea. China und die Sowjetunion versuchten beide, die DVRK als Verbündeten zu gewinnen. Sowohl die VR China als auch die UdSSR unterstützten Nordkorea nach dem Koreakrieg mit umfangreichen finanziellen und technischen Mitteln. Obwohl die sowjetischen Leistungen bei weitem umfassender waren und die UdSSR die dominierende Stellung in Nordkorea innehatte, entwickelten sich die Beziehungen Pyeongyangs zu Beijing intensiver als die zu Moskau.

Nordkoreas Staatschef Kim Il-sung sowie viele Funktionäre der DVRK verfügten über enge Verbindungen zu China, da sie jahrelang auf Seiten der chinesischen Kommunisten gegen die Japaner gekämpft hatten. Mao Zedong und Kim Il-sung hatten ein sehr persönliches Verhältnis zueinander (Maass 2004: 246-248).

Während der Kulturrevolution unterbrachen einige Jahre des Misstrauens die chinesisch-nordkoreanische Freundschaft. Nach Ende der radikalsten Phase der Kulturrevolution bemühte sich China 1969 schließlich um eine Wiederaufnahme der Kontakte zu Nordkorea und stellte 1970 mit dem Besuch Zhou Enlais in Pyeongyang das traditionelle Freundschaftsverhältnis wieder her (Maass 2004: 248).

Wandel der chinesischen Außenpolitik seit 1976

Mit der sich seit den frühen siebziger Jahren bereits anbahnenden Annäherung der VR China an den Westen, endgültig jedoch nach Maos Tod im Jahr 1976, kam es zu einer Neuorientierung in der chinesischen Außenpolitik. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen entspannte und entwickelte sich Beijings Verhältnis zu Japan, den USA und später auch zu Südkorea. Anstelle von Ideologie und persönlichen Verbindungen orientierte Beijing seine Außenbeziehungen nun an nationalstaatlichen Interessen. Sicherheit, Stabilität und Entwicklung bildeten unter Deng Xiaoping die grundlegenden Ziele der chinesischen Außenpolitik. Normale zwischenstaatliche Diplomatie ersetzte in den chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen die „Männerfreundschaft“ zwischen Mao und Kim (Maass 2004: 249).

Im Gegensatz zu Moskau, das sich nach dem Zerfall der Sowjetunion aus Nordkorea zurückzog und 1995 den Beistandspakt entwertete, wandte sich Beijing jedoch nicht von Pyeongyang ab. Im Gegenteil, China betonte zu Beginn der neunziger Jahre seine Freundschaft zu Nordkorea und sicherte Pyeongyang weiterhin die volle Unterstützung zu. Damit war die VR China Nordkoreas letzte verbündete Großmacht. Seit der Übernahme des chinesischen UNO-Sitzes durch Beijing im Jahr 1971, vertrat China dort, stellvertretend für Pyeongyang, auch nordkoreanische Interessen. Dies betraf beispielsweise die Forderung nach einer Annullierung sämtlicher UN-Resolutionen zu Korea. Gleichzeitig übte Beijing in multinationalen Konfliktsituationen während der achtziger und neunziger Jahre hinter den Kulissen verstärkt Druck auf Pyeongyang aus (Maass 2004: 243, 249-250, 255).

Da die DVRK politisch, militärisch und wirtschaftlich von China abhängig war, blieb der nordkoreanischen Führung keine andere Wahl, als Beijings politischen Kurswechsel zu akzeptieren. Dennoch hatte diese außenpolitische Wende enorme Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis. Die einst bejubelte Freundschaft zwischen beiden Staaten kühlte merklich ab, jedoch verfügte Beijing auch weiterhin über großen politischen Einfluss in Pyeongyang. Als sein bedeutendster Handelspartner, Investor und Geber von Hilfsgütern bewahr-

te China Nordkorea bislang vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Seit Mitte 2002 stabilisierte China das nordkoreanische System auch mit einem verstärkten Vorgehen chinesischer Sicherheitskräfte gegen nordkoreanische Flüchtlinge (Schmidt 2002: 20; Maass 2004: 243, 249-250, 255; Hilpert 2003: 29).

Evolution der nordkoreanischen Nuklearkrise

Nordkoreas nukleare Entwicklung bis 1993

Nordkoreas atomare Anstrengungen begannen mit sowjetischer Unterstützung bereits in den sechziger Jahren. Die Bauarbeiten für ein Atomforschungszentrum und den ersten Forschungsreaktor begannen 1965 in Yeongbyeon (Harnisch/Maull 2000: 2-3). Mitte der siebziger Jahre stellte Nordkorea seinen Atomreaktor auf hochangereichertes Uran um und errichtete ab 1974 einen zweiten Reaktor mit einer Leistung von fünf Megawatt in Yeongbyeon. Pyeongyang gestattete der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) 1977 erstmals, Inspektionen in Yeongbyeon durchzuführen. In den achtziger Jahren wurden außerdem Anlagen zur Herstellung von Brennelementen errichtet und der Bau eines weiteren, erheblich leistungsstärkeren Reaktors in Teachon begonnen. In Yeongbyeon entstand darüber hinaus eine Wiederaufbereitungsanlage. Unter dem Druck der Sowjetunion trat die DVRK 1985 dem Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation-Treaty, NPT) bei, jedoch lehnte Pyeongyang den Abschluss eines Inspektionsabkommens mit der IAEO ab (Harnisch/Maull 2000: 3, 5; Kreft 2004: 263).

Im selben Jahr erklärten die USA erstmals, Hinweise auf geheime Nuklearanlagen in Nordkorea zu haben. In den Folgejahren sah die US-Regierung ihre Vermutung der Existenz eines nordkoreanischen Atomprogramms durch Aufklärungssatelliten bestätigt, die eine Plutoniumfabrik und zwei im Bau befindliche Atomreaktoren entdeckten (Harnisch/Maull 2000: 5; Kreft 2004: 263; Pohl 2003: 206). Der geplante US-amerikanische Truppenabbau in Südkorea wurde daraufhin ausgesetzt. Nord- und Südkorea unterzeichneten 1991 eine „Gemeinsame Erklärung über die Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel“, jedoch wurde diese nie implementiert. Durch den taktischen Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Südkorea konnte 1992 ein Inspektionsabkommen zwischen Nordkorea und der IAEO geschlossen werden (Harnisch/Maull 2000: 4). Noch im gleichen Jahr erklärten Inspektoren der IAEO die nicht deklarierte Entnahme von Plutonium aus dem Forschungsreaktor in Yeongbyeon (Harnisch/Maull 2000: 5, 7). Die mit dem Grundlagenabkommen von 1992 kurzzeitig erreichte Entspannung zwischen den beiden koreanischen Staaten schwand im Zuge der ersten Nuklearkrise rasch wieder (Harnisch/Maull 2000: 6).

Die erste Atomkrise 1993/94

Zum Zeitpunkt der sich verschärfenden Konfrontation um das vermutete nordkoreanische Atomprogramm war die DVRK durch fehlende politische und militärische Rückendeckung der zusammengebrochenen Sowjetunion außen- und sicherheitspolitisch bereits nahezu isoliert. Nur die VR China unterstützte noch die Führung in Pjöngjang. Die Umsetzung teilweise konträrer Interessen in der chinesischen Außenpolitik erforderte von Beijing eine Gratwanderung. Einerseits bestand ein starkes Interesse daran, auf internationaler Ebene als verantwortungsvolles Mitglied der Völkergemeinschaft wahrgenommen zu werden. Die traditionelle Freundschaftsbeziehung zur DVRK verbot es der VR China andererseits, sich öffentlich gegen den Verbündeten zu stellen (Maass 2004: 251).

Nachdem amerikanische Nachrichtendienste die erfolgte Wiederaufbereitung von Plutonium in Yeongbyeon gemeldet hatten, verlangte die IAEA eine Sonderinspektion der verdächtigen Anlagen. Dies lehnte Nordkorea ab und erklärte am 12. März 1993 stattdessen seinen Ausstieg aus dem Atomwaffenkontrollprogramm (Harnisch/Maull 2000: 7). Beijing vertrat zunächst eine neutrale Position und rief die Führungen der beiden Hauptkontrahenten, USA und Nordkorea, zu gemeinsamen Konsultationen auf. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde durch Chinas Enthaltung die Verabschiedung einer Resolution möglich, die Nordkorea aufforderte, mit der IAEA zu kooperieren. Eine Verurteilung Pjöngjangs durch den Sicherheitsrat scheiterte jedoch am chinesischen Veto (Maass 2004: 251). Washington erwog indessen einen Militärschlag gegen Nordkorea. Nach der Zuspitzung der Situation im Jahr 1994 signalisierte China eine Änderung seiner Position und drohte Nordkorea damit indirekt mit Sanktionen durch die UNO (Maass 2004: 251). Unmittelbar vor Ablauf der dreimonatigen Kündigungsfrist zog Nordkorea seine Austrittserklärung zurück (Harnisch/Maull 2000: 8).

Nach dem Tod Kim Il-sungs übernahm sein Sohn Kim Jong-il 1994 de facto die Führung des Landes. Als sich die US-Regierung unter Clinton zu hochrangigen Gesprächen bereit erklärt hatte, kam es schließlich zu Verhandlungen mit Pjöngjang (Harnisch/Maull 2000: 11). Im Ergebnis konnte am 21. Oktober 1994 das Genfer Rahmenabkommen geschlossen werden, in dem sich Nordkorea zur Stilllegung und späteren Demontage des Reaktors und der Wiederaufbereitungsanlage in Yeongbyeon sowie zweier weiterer noch im Bau befindlicher Reaktoren verpflichtete. Außerdem erklärte sich Pjöngjang zur künftigen Öffnung des Landes für Inspektoren sowie zur Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages bereit. Im Gegenzug sicherten die USA, Südkorea und Japan dem verarmten Land zu, zwei Leichtwasserreaktoren zur Energiegewinnung in Nordkorea zu bauen und zu finanzieren. Bis zu deren geplanter Fertigstellung im Jahr 2003 sollten jährlich 500.000 Tonnen schweres Heizöl geliefert werden. Der Vertrag sah auch die erneute Aufnahme des Dialoges zwischen Nord- und

Südkorea vor. Darüber hinaus wurde eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea angestrebt, welche die gegenseitige diplomatische Anerkennung zum Ziel hatte (Harnisch/Maull 2000: 11-17; Kreft 2003: 224-225; AG Friedensforschung 2003d). Es wird angenommen, dass Chinas gemäßigte Diplomatie während der ersten Atomkrise nicht unwesentlich zu dieser Verhandlungslösung beigetragen hat (Maass 2004: 251-252).

1995-2001: Zwischen Zugeständnissen und Provokationen

Japan, Südkorea und die USA gründeten 1995 die Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEEDO), die mit dem Bau der Leichtwasserreaktoren und mit der Durchführung der Heizöllieferungen betraut wurde (Harnisch/Maull 2000: 112; Kreft 2003: 225). Im selben Jahr hoben die USA ihr aus der Zeit des Koreakrieges stammendes Wirtschaftsembargo gegenüber Nordkorea auf. Eine angebotene Eröffnung von US-amerikanischen Verbindungsbüros in Nordkorea scheiterte jedoch am Desinteresse Pjöngjangs. Zur weiteren Vertrauensbildung fanden 1996 die ersten so genannten Vier-Parteien-Gespräche zwischen Nordkorea, Südkorea, den USA und der VR China statt (Harnisch/Maull 2000: 134). Im Rahmen dieser Verhandlungen wurde Mitte 1997 das Waffenstillstandsabkommen von 1953 bestätigt. Der vereinbarte Bau der Leichtwasserreaktoren begann 1997 im nordkoreanischen Keumho, seine geplante Fertigstellung wurde jedoch auf 2007 verschoben (Harnisch/Maull 2000: 125).

Die Beziehungen zu Nordkorea verschlechterten sich wieder, nachdem im Jahr 1998 Widerstände im US-Kongress die Heizöllieferungen verzögerten. Pjöngjang sah sich durch Washington provoziert, stoppte die Versiegelung der Brennstäbe in Yeongbyeon und drohte mit der erneuten Inbetriebnahme des stillgelegten Reaktors. Für heftige verbale Reaktionen sorgte Mitte 1998 auch ein von Nordkorea durchgeführter, jedoch dementierter Raketenetest eines mehrstufigen Geschosses, das über japanisches Territorium flog (Harnisch/Maull 2000: 132). Im Rahmen von Verhandlungen mit den USA wurde im Jahr darauf ein auf drei Jahre begrenztes Moratorium auf Raketenests beschlossen (Hilpert/Möller 2005a).

Die 1998 begonnene „Sonnenscheindiplomatie“ des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-yong erreichte im Jahr 2000 mit dem Nord-Süd-Gipfel in Pjöngjang ihren Höhepunkt. In einem gemeinsamen Communiqué negierten Nordkorea und die Vereinigten Staaten, „feindliche Absichten“ gegeneinander zu hegen. Nach dem Besuch der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright in Pjöngjang stellte die DVRK ein Ende aller Raketenexporte sowie eine unbefristete Verlängerung des Moratoriums auf Test, Produktion und Dislokation von Raketen mit mehr als 500 Kilometern Reichweite in Aussicht. Die USA wollten daraufhin jährlich 200-300 Millionen US\$ in Form von Investitionen und Hilfsleistungen ermöglichen. Seit der Jahrtausendwende gelang es der DVRK, viele weitere diplomatische

Beziehungen, darunter auch mit fast allen EU-Mitgliedsstaaten, aufzubauen (Hilpert/Möller 2005a).

2001-2003: Zuspitzung des Konfliktes der zweiten Atomkrise

Mit dem Wechsel der US-Regierung im Jahr 2000 kam es zu einer erneuten Verschlechterung der Beziehungen zu Nordkorea. US-Präsident Bush äußerte 2001 Absichten zum Sturz des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-il und verurteilte das Land Ende Januar 2002 in seiner Rede zur Lage der Nation als Teil der „Achse des Bösen“. Im Rahmen einer nuklearen Abschreckungsstrategie des Pentagons wurde auch Nordkorea zum potenziellen Ziel von Atomangriffen erklärt. Nach zweijähriger Unterbrechung nahm die Regierung in Washington die Sicherheitsgespräche mit Pyeongyang im Oktober 2002 wieder auf. Im Rahmen dieser bilateralen Verhandlungen konfrontierten sie das Land mit Beweisen über deren geheimes Programm zur Anreicherung von Uran. Nordkorea bestätigte diese Vorwürfe indirekt und bekannte sich darüber hinaus zu einem weiteren geheimen Atomprogramm, welches das Rahmenabkommen von 1994 verletzt (Kreft 2003: 217-218; Pohl 2003: 205-206). Die DVRK sei zum Besitz von Atomwaffen berechtigt, da sie diese zur militärischen Abschreckung benötige, so die Begründung der nordkoreanischen Regierung (Pohl 2003: 206-207).

Der KEDO-Verwaltungsrat beschloss daraufhin, die Heizöllieferungen an Nordkorea auszusetzen. Als eine Resolution der IAEO Nordkorea zur Kooperation aufforderte, beschuldigte Pyeongyang die Organisation, amerikanische Interessen zu vertreten. Im Dezember 2002 kündigte Pyeongyang die umgehende Reaktivierung des eingestellten Nuklear-Projektes an, demontierte die Überwachungskameras der IAEO und verwies deren Inspektoren des Landes (Kreft 2004: 266-267). Anfang Januar 2003 forderte eine weitere Resolution der IAEO Nordkorea ultimativ auf, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und eine Rückkehr der Inspektoren zu ermöglichen. Anderenfalls drohe die Übereignung der Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat, hieß es seitens der IAEO.

Am 10. Januar 2003 kündigte Pyeongyang daraufhin den Atomwaffensperrvertrag endgültig auf und widerrief alle Vereinbarungen zur Inspektion der Nuklearanlagen durch die IAEO (Kreft 2003: 219). Im Februar drohte die Regierung in Pyeongyang sogar mit seinem Ausstieg aus dem Waffenstillstandsabkommen mit Südkorea. Eine Verurteilung Nordkoreas durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen scheiterte kurz zuvor am Veto Chinas und Russlands. Neben diesen beiden Staaten sprach sich auch Südkorea gegen jegliche Formen wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber Nordkorea aus (Kreft 2003: 223). Washington übte durch seine Verstärkung militärischer Präsenz nahe Nordkorea einerseits Druck auf die DVRK aus, gleichzeitig drängte man Beijing, Pyeongyang von der Notwendigkeit multilateraler Verhandlungen zu überzeugen. Nordkorea bestand bisher auf bilateralem Dialog zwischen Washington und

Pyeongyang (AG Friedensforschung 2003b), gab jedoch unter amerikanischem und chinesischem Druck seinen Widerstand gegen multilaterale Gespräche auf (Kreft 2003: 223; Kreft 2004: 268-269).

Die ersten in Beijing stattfindenden Aussprachen mit Vertretern Chinas, Nordkoreas und der USA führten im April 2003 jedoch zu einer weiteren Klimaverschlechterung. Pyeongyang bekräftigte während dieser Dreier-Gespräche den internationalen Verdacht, im Besitz von Kernwaffen zu sein, deutete einen Atomtest an und drohte gar mit dem Export des gefährlichen Materials (Kreft 2003: 217; C.a., 4/2003, Ü 2). Das nordkoreanische Angebot, die Atomwaffenprogramme gegen die Einlösung von Forderungen zunächst einzufrieren und später aufzugeben, wurde von Washington zurückgewiesen. Die US-amerikanische Regierung bestand auf einem bedingungslosen Atomwaffenverzicht Nordkoreas (Kreft 2003: 217). Im Mai 2003 erklärte die DVRK die 1991 mit Südkorea geschlossene „Gemeinsame Erklärung über die Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel“ für hinfällig. Seitens der Führung in Pyeongyang hieß es, man arbeite systematisch an der Entwicklung von Kernwaffen, „um Aggressoren mit einem Schlag zu vernichten“ (Pohl 2003: 207).

Auf Druck der VR China zeigte Pyeongyang seine Bereitschaft, die Verhandlungen auf multilateraler Ebene auf sechs Teilnehmerstaaten zu erweitern (AG Friedensforschung 2003b). Ein erneuter Rückzieher von dieser Zusage und die Zuspitzung der Krise durch eine Verletzung der „Northern Line Limit“ durch nordkoreanische Patrouillenboote erhöhte die Gefahr einer militärischen Konfrontation. Durch intensive diplomatische Bemühungen Chinas stimmte Pyeongyang schließlich den so genannten Sechs-Parteien-Gesprächen zu (Kreft 2004: 269-270; C.a., 6/2003, Ü 3, 7/2003, Ü 1).

Die Sechs-Parteien-Gespräche

Politiker und Experten auf der ganzen Welt zeigten sich über die Situation zu diesem Zeitpunkt sehr besorgt. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, erklärte der ehemalige US-Präsident Clinton im Monat vor dem Beginn der Gespräche und warnte eindringlich vor der nordkoreanischen Bedrohung durch Proliferation (AG Friedensforschung 2003b). Um die Bedeutsamkeit einer Lösung der Krise durch Diplomatie und damit die Wichtigkeit der Sechs-Parteien-Gespräche zu verdeutlichen, werden zunächst die möglichen von Nordkorea ausgehenden Gefahren dargestellt.

Das nordkoreanische Gefahrenpotenzial

Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von etwa 23 Millionen Einwohnern (Köllner 2005; 235) besitzt Nordkorea mit mehr als einer Million aktiver Soldaten und schätzungsweise fünf bis sieben Millionen Reservisten die viert- oder fünftgrößte Armee der Welt (Hilpert 2003: 13; Lehmacher 2005). Das Land verfügt außerdem über eine große Anzahl von Artilleriesystemen, Kampfflugzeugen und -hubschraubern sowie Panzern und gepan-

zerten Kampffahrzeugen (Schmidt 2002: 5; Hilpert 2003: 13). Da ein formeller Friedensvertrag seit dem Koreakrieg nie geschlossen wurde, droht Pyeongyang immer wieder mit einem Angriff auf seinen südlichen Nachbarn. Auch ohne die Grenze zu überschreiten, könnte die nordkoreanische Armee mit ihren Raketenwerfern ohne weiteres die südkoreanische Hauptstadt Seoul erreichen (Schmidt 2002: 6; Hilpert 2003: 13; Lehmacher 2005). Südkoreas Armee ist daher in ständiger Verteidigungsbereitschaft. Die südkoreanischen Streitkräfte sind mit insgesamt 650.000 Mann den nordkoreanischen zwar zahlenmäßig unterlegen, jedoch ist das südkoreanische Militär mit modernsten Waffen ausgerüstet und seinem Rivalen somit technologisch weit voraus (Schmidt 2002: 8; Lehmacher 2005).

Eine direkte militärische Gefahr besteht jedoch nicht nur für südkoreanisches Territorium. In den Raketenprogrammen der DVRK wurden neben Raketen mit einer Reichweite von 300 bis 600 Kilometern auch ballistische Flugkörper entwickelt, die bis zu 6.000 Kilometer entfernte Ziele erreichen können. Damit kann Nordkorea mit seinem Raketenarsenal auch Japan oder das Territorium der USA erreichen (Schmidt 2002: 6-7; Kreft 2004: 266; Hilpert 2003: 13-14).

Eine enorme Gefahr bei einem nordkoreanischen Angriff bildet insbesondere der mögliche Einsatz von Chemiewaffen. In nordkoreanischen Produktionsstätten werden chemische Kampfstoffe, wie Senfgas oder Sarin hergestellt und abgefüllt. Die Chemiewaffen-Konvention wurde von Pyeongyang niemals unterzeichnet (Harnisch/Maull 2000: 131; Lehmacher 2005).

Die besondere Brisanz der militärischen Programme Nordkoreas liegt im Bestreben Pyeongyangs, seine Waffensysteme nicht nur zu entwickeln, sondern auch zu exportieren (Harnisch/Maull 2000: 130-132; Kreft 2004: 264, 266-267). Der Export nordkoreanischer Raketentechnologie ist eine der bedeutendsten Deviseneinnahmen des Landes (Pohl 2003: 208). Durch Kontrollen eines nordkoreanischen Schiffes wurde im Jahr 2002 beispielsweise der Transfer von Scud-Raketen in den Jemen entlarvt (Kreft 2004: 266). Noch größere Sorgen bereiten der Weltgemeinschaft jedoch Nordkoreas nukleare Ambitionen. Das Bekanntwerden des nordkoreanischen Vertragsbruches des 1994er Rahmenabkommens und der plötzliche Ausstieg Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag im Jahr 2003 wurde international mit größter Sorge aufgenommen. Im Februar 2005 erschütterte die nordkoreanische Führung die Welt mit ihrem offenen Bekenntnis, bereits Atomwaffen zu besitzen. Auch wenn die Behauptung Pyeongyangs nicht nachprüfbar ist, so wird dennoch davon ausgegangen, dass Nordkorea mittlerweile genügend Plutonium für sechs bis acht Atombomben besitzt (Köllner 2005: 236). Die CIA (Central Intelligence Agency) erklärte bereits Ende 2002, Nordkorea sei ab dem Jahr 2004 wahrscheinlich in der Lage, mindestens zwei Atombomben jährlich herzustellen (Kreft 2003: 218). Sollte es zur Fertigstellung des im Bau befindlichen 50 Megawatt-Reaktors kommen, könnte Nordkorea die potenzielle Atomwaffenproduktion erheblich ausweiten (Kreft 2004: 265) und mit sei-

nem „nuklearen Abschreckungspotenzial“ auch Japan, Südkorea und Taiwan zu einem Rüstungswettlauf veranlassen (Kreft 2004: 270). Dies hätte eine Umbildung der Sicherheitsstrukturen in ganz Ostasien zur Folge. Darüber hinaus wäre insbesondere die angedrohte Möglichkeit der Proliferation nordkoreanischer Kernwaffen äußerst gefährlich und hätte unabsehbare Folgen (Kreft 2004: 264). Nach Einschätzung des Direktors der IAEO, Mohamed el Baradei, ist „die Nordkorea-Krise [...] derzeit der gefährlichste Punkt bei der Nichtverbreitung“ (AG Friedensforschung 2004a).

Konträre Positionen der Verhandlungspartner

An den seit August 2003 in Beijing in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Gesprächen nehmen Delegationen der sechs Verhandlungspartner Nordkorea, USA, VR China, Südkorea, Japan und Russland teil. Diese Konstellation basiert auf einem Kompromiss. Eindeutige Bedingung der USA war eine Teilnahme Südkoreas und Japans, da beide Staaten wesentlich von der Bedrohung Nordkoreas betroffen sind. Auf nordkoreanischen Wunsch hin sollte außerdem Russland, das seine vormals soliden Beziehungen zur DVRK im Jahr 2000 wieder aufgenommen hatte, in die Verhandlungen einbezogen werden (AG Friedensforschung 2003b). Zunächst lehnte die chinesische Führung den US-amerikanischen Wunsch ab, als Vermittler im Konflikt tätig zu werden. Sie rückte später jedoch von ihrer Position, dies sei eine bilaterale Angelegenheit zwischen Nordkorea und den USA, ab und nahm die ihr angetragene verantwortungsvolle Rolle des Vermittlers ein. Mit der chinesischen Führungsrolle erklärten sich alle Seiten einverstanden. Nordkorea sah seine Interessen am ehesten von chinesischer Seite vertreten, während die anderen Teilnehmer durch Beijings besondere Beziehungen zu Pyeongyang einen positiven Einfluss Chinas auf den Verhandlungsprozess erwarteten (AG Friedensforschung 2003b).

Bezüglich ihrer Absichten und Strategien haben die sechs Gesprächsparteien teils sehr unterschiedliche Ansichten. Während die USA und Japan in den Verhandlungen eine harte Position gegenüber Nordkorea einnehmen, vertreten China, Südkorea und Russland eine eher gemäßigte Haltung. Letztere sprechen sich im Allgemeinen gegen Wirtschaftssanktionen und das Einschalten des UN-Sicherheitsrates aus und warnen davor, zu starken Druck auf Pyeongyang auszuüben (Pohl 2003: 207; AG Friedensforschung 2004h, 2005c; Hilpert/Möller 2005d). Die Vereinigten Staaten und Japan hingegen wollen Nordkorea nicht dafür belohnen, das Genfer Abkommen gebrochen zu haben und schließen auch den Einsatz von Gewalt grundsätzlich nicht aus (AG Friedensforschung 2003a). Insbesondere die USA fordern zuerst die vollständige und verifizierbare Aufgabe des gesamten nordkoreanischen Atomprogramms, auch jenes zur zivilen Nutzung, bevor die nordkoreanische Seite Zugeständnisse jeglicher Art erhält (Kreft 2004: 271; AG Friedensforschung 2004a; Hilpert/Möller 2005c).

Nordkoreas Hauptforderungen sind überwiegend auf die USA gerichtet und beinhalten

1. einen formellen Nichtangriffspakt (AG Friedensforschung 2003b),
2. die Beendigung der „feindseligen Politik“ der USA (AG Friedensforschung 2003d), inklusive der Einstellung aller „Behinderungen“ der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes (Pohl 2003: 207), das Streichen Nordkoreas von der Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten (AG Friedensforschung 2003d) und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie
3. die Fertigstellung der versprochenen Leichtwasserreaktoren und Lieferung von Ersatzenergie (Hilpert/Möller 2005d).

Die zwei grundsätzlich konträren Punkte in den Positionen der beiden Hauptkontrahenten betreffen einerseits das Recht auf zivile Nutzung der Atomenergie, wie es von Nordkorea gefordert und von den USA abgelehnt wird, und zum anderen das von Nordkorea verlangte zeitgleiche Handeln im Gegensatz zur amerikanischen Forderung der „Zusage für Zusage, Tat für Tat“ (FAZ, 15.11.05, S. 6; AG Friedensforschung 2004f; Hilpert/Möller 2005b). Neben diesen gegensätzlichen Positionen bildet der extreme Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen den USA und der DVRK eine große Barriere auf dem Weg zu einer gemeinsamen Lösung (Kreft 2004: 267; AG Friedensforschung 2004b).

Bis zum Erzielen des Kompromisspapiers vom September 2005 vergingen über zwei Jahre. Der Verlauf der Beratungen und die relevanten Ereignisse zwischen den multilateralen Verhandlungsrunden werden nachfolgend dargestellt.

Chronik der Ereignisse

Die Erwartungen vor Beginn der ersten Verhandlungsrunde am 27. und 28. August 2003 wurden absichtlich niedrig gehalten. Bereits am ersten Tag fanden von Nordkorea gewünschte bilaterale Gespräche mit den USA statt. Offen prallten hier die unterschiedlichen Positionen aufeinander und die DVRK drohte mit der Durchführung von Atomtests, um seine Nuklearkapazitäten zu demonstrieren. Obwohl es zu keinem substantziellen Ergebnis kam, erklärten China und Südkorea die Aussprachen dennoch zu einem Erfolg, da man sich auf eine Fortsetzung der multilateralen Verhandlungen einigte (AG Friedensforschung 2003b; Kreft 2004: 271; C.a., 8/2003, Ü 1).

Gleich nach Abschluss der ersten Verhandlungsrunde machte Pyeongyang jedoch einen Rückzug und erklärte, Nordkorea sei nicht an weiteren Gesprächen über sein Atomprogramm interessiert (AG Friedensforschung 2003b; Hilpert/Möller 2005b). In den folgenden Wochen wurde diese Position mehrmals von nordkoreanischer Seite sowohl abgeschwächt als auch bekräftigt (AG Friedensforschung 2003c). Nach intensiven Bemühungen Chinas um eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche wurde schließlich ein Termin für Mit-

te Dezember anvisiert. Auf amerikanischen Druck hin beschloss das Energiekonsortium KEDO einen einjährigen Baustopp an den Leichtwasserreaktoren für Nordkorea ab Dezember (AG Friedensforschung 2003d; Hilpert/Möller 2005b). Der Disput über den Inhalt einer gemeinsamen Erklärung für die Gesprächsrunde und schließlich Präsident Bushs Absage bezüglich einer Neuverhandlung des Genfer Abkommens ließen den Dezember-Termin für die Sechser-Gespräche endgültig platzen (Kreft 2004: 272; Hilpert/Möller 2005b). Nach der Ankündigung Washingtons, Lebensmittelhilfen für Nordkorea zu gewähren, erklärte Pyeongyang jedoch erneut seine Bereitschaft zur Aufnahme der Verhandlungen (AG Friedensforschung 2003d; C.a., 12/2003, Ü 4; Hilpert/Möller 2005b).

Im Januar 2004 gestand der „Vater der pakistanischen Atombombe“, Abdul Qadeer Khan, Wissen über Nukleartechnologie auch an Nordkorea weitergereicht zu haben. Pyeongyang dementierte diese Aussagen, jedoch bestätigte der hochrangige Überläufer Hwang Chang Yop die pakistanische Hilfe bei der Aufnahme eines nordkoreanischen Atomwaffenprogramms auf Uranbasis im Jahr 1996 (AG Friedensforschung 2004b).

Die zweite Runde der Sechs-Parteien-Gespräche konnte schließlich vom 25. bis 28. Februar 2004 stattfinden. Die amerikanische Seite stellte Nordkorea mit Hinblick auf Libyens Entwicklung die Möglichkeit einer vollständigen Normalisierung ihrer Beziehungen im Falle einer Aufgabe der nordkoreanischen Nuklearambitionen in Aussicht. China, Russland und Südkorea boten Wirtschaftshilfen an. Die Verhandlungen endeten erneut ohne greifbare Ergebnisse. Eine angestrebte gemeinsame Erklärung kam nicht zustande. Hauptstreitpunkte betrafen die Fragen nach der Existenz eines nordkoreanischen Uranprogramms und dem Recht Nordkoreas auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie zur Energiegewinnung. Man einigte sich auf die Bildung von Arbeitsgruppen, um technische Einzelheiten zu besprechen. Außerdem wurde eine weitere Verhandlungsrunde für Juni 2004 anberaumt (Kreft 2004: 273; AG Friedensforschung 2004b; Hilpert/Möller 2005c; C.a., 2/2004, Ü 1).

Die diplomatischen Bemühungen um eine Lösung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise wurden auch in den Monaten bis zur nächsten Verhandlungsrunde fortgesetzt. So kam es zu gegenseitigen Besuchen zwischen hochrangigen Regierungsmitgliedern der Verhandlungspartner – ein Besuch Kim Jong-ils in Beijing eingeschlossen – während derer insbesondere das Nuklearproblem thematisiert wurde (AG Friedensforschung 2004c).

Mitte Mai fand das erste Treffen der neu geschaffenen Arbeitsgruppe statt, das jedoch keine Fortschritte brachte (AG Friedensforschung 2004d). Ein weiteres Vorbereitungstreffen, in dessen Anschluss die dritte Runde der Sechs-Länder-Gespräche erfolgte, wurde am 21./22. Juni durchgeführt (AG Friedensforschung 2004e; Hilpert/Möller 2005c; C.a., 6/2004, Ü 1).

Wie geplant begannen am 23. Juni neue Verhandlungen zwischen den sechs Parteien. Obwohl weiterhin schwere Differenzen zwischen den Delegationen bestanden und kein Durchbruch erzielt werden konnte, gab

es doch neue Zugeständnisse bei einem nordkoreanischen Verzicht auf sein Atomprogramm. Japan stellte erstmals die Bereitstellung von Energiehilfen in Aussicht, die Vereinigten Staaten erwogen eine Streichung Nordkoreas von der Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten und boten eine vorläufige multilaterale Nichtangriffsgarantie gegenüber Nordkorea an. Der von den USA präsentierte Plan forderte als Gegenleistung das Vorlegen einer vollständigen Liste sämtlicher nuklearer Aktivitäten binnen dreier Monate durch die DVRK sowie das Einfrieren bestimmter Programme. Eine während der Gespräche von Nordkorea geäußerte Drohung, einen Atomtest durchzuführen, wurde von Washington heruntergespielt (AG Friedensforschung 2004e; Hilpert/Möller 2005c; C.a., 6/2004, Ü 1).

Nachdem US-Präsident Bush in Wahlkampfauftritten Nordkorea wiederholt kritisiert hatte, griff die nordkoreanische Regierung Bush persönlich als „verrückten Tyrann, schlimmer als Hitler“ an (Hilpert/Möller 2005c). Die für den 23. August 2004 vorgesehenen Arbeitsgruppengespräche sowie die zunächst für Ende September geplanten weiteren Verhandlungen wurden kurzerhand von Pyeongyang abgesagt (AG Friedensforschung 2004f, 2004h). Nordkorea wolle frühestens nach der Präsidentschaftswahl in den USA die Gespräche wieder aufnehmen, hieß es seitens der Regierung in Pyeongyang (AG Friedensforschung 2004g; C.a., 8/2004, Ü 2).

Im Februar 2005 blockierte Nordkorea den weiteren Fortgang der Sechs-Parteien-Gespräche vorerst gänzlich. Nach jahrelangen indirekten Andeutungen über die Existenz nordkoreanischer Atomwaffen gab Pyeongyang diese nun offen zu und weigerte sich vorläufig, an den multilateralen Verhandlungen teilzunehmen. Hinter den Kulissen wurden die Konsultationen zwischen allen Teilnehmerstaaten jedoch fortgeführt. Insbesondere China oblag die Aufgabe, die nordkoreanische Führung zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu bewegen. Pyeongyang rückte von seiner vehementen Weigerung zwar ab, knüpfte jedoch Vorgaben an eine Wiederaufnahme der Gespräche. Jegliche Vorbedingungen lehnten die USA, Südkorea und Japan kategorisch ab (AG Friedensforschung 2005a).

Im Frühjahr 2005 war die Geduld der Vereinigten Staaten so weit strapaziert, dass US-amerikanische Militärexperten im Mai die Möglichkeit eines Militärschlags diskutierten. Als Reaktion darauf bekräftigte die nordkoreanische Führung ihrerseits die Option eines militärischen Erstschlags. Washington warnte Pyeongyang öffentlich vor möglichen Sanktionen des UN-Sicherheitsrates und drängte Beijing abermals, den Druck auf die DVRK zu erhöhen und ihren Einfluss in Pyeongyang zu nutzen (AG Friedensforschung 2005b, 2005c). Die Drohschneise hatte bereits ein kritisches Ausmaß angenommen, als Nordkorea sich nach einem Treffen mit den USA zu neuen Sechser-Gesprächen im Juli bereit erklärte (AG Friedensforschung 2005d; Hilpert/Möller 2005d).

Am 26. Juli begann nach mehr als einjähriger Unterbrechung die vierte Runde der Sechs-Parteien-Gespräche in Beijing. Der zeitliche Rahmen für die Verhandlungen wurde zunächst offen gelassen. Nach bi-

und multilateralen Sitzungen unterbreitete die chinesische Delegation einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung. Nordkorea äußerte seine grundsätzliche Bereitschaft, dem Atomwaffensperrvertrag wieder beizutreten und internationale Kontrollen zuzulassen. Hauptstreitpunkt war erneut die Frage nach der zivilen Nutzung der Kernenergie. Mit diesem Teilerfolg wurde eine zweite Phase der vierten Sechser-Gespräche auf Ende August vertagt (AG Friedensforschung 2005d).

Nordkorea nahm ein gemeinsam von den USA und Südkorea abgehaltenes Manöver zum Anlass, den Termin der geplanten Gesprächsfortsetzung kurzfristig abzusagen (AG Friedensforschung 2005d). Durch diese Verzögerung kam ein erneutes Zusammentreffen der sechs Verhandlungspartner erst am 13. September zustande. Die ersten Tage dieser zweiten Phase der vierten Runde brachten keine neuen Ergebnisse. Mit einer überarbeiteten Fassung des chinesischen Dokumententwurfes wurden die Einigungsgespräche nochmals verlängert. Am 19. September 2005 konnte schließlich die erhoffte gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden. Hierin erklärte sich Nordkorea grundsätzlich zum Verzicht auf Atomwaffen und zur Rückkehr zum Atomwaffensperrvertrag bereit. Im Gegenzug solle es umfangreiche Sicherheitsgarantien sowie Erdöl- und Stromlieferungen erhalten. Darüber hinaus wurde Pyeongyang die schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu den USA und Japan in Aussicht gestellt. Sobald Nordkorea wieder das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft erlangt habe, solle dem Land auch das Recht auf ein ziviles Atomprogramm – zu dem auch die Leichtwasserreaktoren gehören – zugestanden werden (AG Friedensforschung 2005e; Hilpert/Möller 2005d).

Dieser erste Durchbruch in den Sechs-Parteien-Gesprächen wurde bereits am folgenden Tag erneut in Frage gestellt, als Nordkorea einen Verzicht auf sein Atomprogramm an die Lieferung der umstrittenen Leichtwasserreaktoren knüpfte. In einem Treffen des chinesischen Staats- und Parteichefs Hu Jintao mit dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-il Ende Oktober, bekräftigte Kim jedoch die in der Erklärung gemachten Zusagen (AG Friedensforschung 2005e; C.a., 5/2005, Dok 2; Hilpert/Möller 2005d).

Die am 9. November fortgesetzten Sechser-Gespräche wurden, ausgelöst durch Präsident Bushs harsche Kritik am nordkoreanischen Machthaber, von neuen Spannungen zwischen der DVRK und der USA überschattet (AG Friedensforschung 2005f). In einer ersten Phase der fünften Runde hat Nordkorea selbst einen fünfstufigen Plan zur Beendigung seines Atomprogramms vorgelegt. Dennoch gingen die Gespräche am 11. November ohne neue Ergebnisse zu Ende, da keine Einigung darüber bestand, wer einen ersten Schritt macht. In einer zweiten Verhandlungsphase soll ein weiterer Plan zur konkreten Umsetzung der erreichten Zusagen vorgelegt und diskutiert werden. Ein Termin hierfür steht bislang noch aus (AG Friedensforschung 2005f; FAZ, 15.11.05, S. 6; FT, 12./13.11.05, S. 6).

Chinas Interessen und die Strategie als Vermittler im Nuklearstreit

Als Initiator und Gastgeber der Sechs-Parteien-Gespräche, die seit Mitte 2003 den Rahmen für die Verhandlungen mit Nordkorea bilden, übernahm Beijing erstmals diplomatische Verantwortung in einem internationalen Konflikt. Chinas Motivation, diese Vermittlerrolle zu übernehmen, ist eng mit seinen außenpolitischen Zielen verbunden.

Die folgenden Hauptfaktoren prägen die chinesische Interessenlage im internationalen Konflikt um das nordkoreanische Nuklearprogramm und wirken sich auf Chinas strategischen Umgang mit Nordkorea aus:

1. Sicherheit und Stabilität

China ist daran interessiert, potenziell destabilisierende Faktoren in seinem äußeren Umfeld abzuwenden. Dieses Bestreben leitet sich aus sicherheitspolitischen Motiven ab, letztendlich um die innere Stabilität des Landes nicht zu gefährden.

2. Großmachtstatus und internationale Beziehungen

China möchte sich in der globalen Weltordnung als einflussreiche und pflichtbewusste Ordnungsmacht zeigen und Spannungen in seinen zwischenstaatlichen Beziehungen vermeiden.

Bereits in den achtziger Jahren vertrat Beijing das Ziel einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel (Maass 2004: 251). Um sowohl im außen- als auch im innenpolitischen Bereich Gefahren zu vermeiden, gilt eine Deeskalation der Krise auch heute als Chinas primäres Interesse. Ein mögliches Wettrüsten hätte erhebliche Veränderungen der strategischen Balance in Ostasien und die potenzielle Destabilisierung der Region zur Folge. Ein militärischer Konflikt zwischen den USA und der DVRK wäre aus chinesischer Sicht die wohl unliebsamste Lösung. Einerseits wünscht China aus sicherheitspolitischen Gründen keinen Krieg in seiner Nachbarschaft, erst recht keinen, bei dem sogar der Einsatz von nuklearen Waffen droht. Vor dem Hintergrund der Idee einer multipolaren Weltordnung ist Beijing außerdem daran interessiert, den US-amerikanischen Machteinfluss zu beschränken, erst recht vor der eigenen Haustür. Eine kriegerische Auseinandersetzung in Nordkorea könnte mit der Stationierung amerikanischen Militärs auf nordkoreanischem Gebiet enden, was Beijing auf jeden Fall verhindern möchte (Schmidt 2002: 20-21; Kreft 2004: 270).

Der Wunsch nach innenpolitisch stabilen Rahmenbedingungen steht auch hinter Chinas Interesse, die politische Stabilität der DVRK aufrechtzuerhalten. Ein Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes, verbunden mit unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen nach China, könnte sich destabilisierend auf Nordostchina auswirken und schwer kontrollierbare innenpolitische Folgen nach sich ziehen. Die Angst vor einem derartigen Szenario ist auch der Grund, weshalb China durch weit reichende materielle Leistungen Nordkorea bislang vor dem wirtschaftlichen Kollaps bewahrt hat, der als po-

tenzieller Auslöser für einen Zusammenbruch des Systems gilt. Dieses Motiv steht ebenfalls hinter dem chinesischen Widerstand gegen internationale Wirtschaftsanktionen. Nicht aus ideologischen, sondern aus interessenspolitischen Gründen spielt die VR China daher noch heute die Rolle der Schutzmacht des pseudokommunistischen Staates (Maass 2004: 251, 259; Zhang 2005; Kreft 2004: 270).

Auch einer möglichen Wiedervereinigung beider koreanischer Staaten steht China, primär aus Stabilitätsgründen, eher skeptisch gegenüber. Obwohl dies vermutlich langfristig ökonomische Vorteile bieten würde, könnten bisher ungelöste Grenzstreitigkeiten erneut aufbrechen. Außerdem würde Beijing seinen bisher starken Einfluss auf Nordkorea verlieren (Schmidt 2002: 20-21; Maass 2004: 259; Hilpert 2003: 30).

Jedwede Änderung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel widerspricht demnach chinesischen Sicherheitsinteressen. Weder ein möglicher militärischer Konflikt, noch ein Kollaps des nordkoreanischen Regimes oder das Szenario einer koreanischen Wiedervereinigung ist in Chinas Interesse (Maass 2004: 259; Kreft 2004: 270; Hilpert 2003: 29-30).

Beijings Motivation, als Vermittler im Nuklearkonflikt zu fungieren, ist außerdem von Chinas Wunsch geprägt, sich gegenüber der Völkergemeinschaft als einflussreiche und verantwortungsvolle Großmacht zu präsentieren. Da China in erster Linie von den Vereinigten Staaten um Intervention gebeten wurde, bietet Beijing die Vermittlerrolle mittelfristig auch eine Chance, die angespannten Beziehungen zu den USA zu verbessern (Maass 2004: 259; Zhang 2005). Gleichwohl gab Chinas Führung nur zögerlich seine Bereitschaft dazu, diese Rolle anzunehmen (Kreft 2004: 270). Dies könnte mit ihrem verringerten Einfluss in Nordkorea und dem damit unklaren Vermögen einer erfolgreichen Verhandlung zusammenhängen. Ein Scheitern würde dem eigenen Anspruch als einflussreiche Großmacht widersprechen und Chinas internationalem Prestige schaden (Maass 2004: 251, 260).

Zur Lösung der nordkoreanischen Atomfrage ist Beijing daher daran interessiert, als Schlichter einen mächtigen Einfluss auf alle Parteien auszuüben. Einerseits versucht China, für Verständnis gegenüber Nordkoreas Interessen zu werben, andererseits bemüht sich Beijing, die nordkoreanische Führung zu Kompromissen zu bewegen (AG Friedensforschung 2005b).

Beijings traditionell enge Beziehungen zur nordkoreanischen Führung gelten als Voraussetzung, um von Pyeongyang als Vermittler und Organisator der Verhandlungen akzeptiert zu werden. Die VR China ist die einzige Großmacht, die intakte politische und militärische Kontakte zu Pyeongyang unterhält (Maass 2004: 254, 256). Zudem ist die DVRK von chinesischen Getreide- und Energielieferungen wirtschaftlich abhängig, die Beijing als Druckmittel dienen könnten. Durch die langjährigen Beziehungen Chinas zu Nordkorea und die möglichen Druckmittel Beijings, setzte auch die internationale Gemeinschaft große Hoffnungen in Chinas Verhandlungspotenzial. Immer wieder wurde

Beijing gedrängt, stärkeren diplomatischen Druck auf Pyeongyang auszuüben (AG Friedensforschung 2003b), jedoch spielte China seine politische und wirtschaftliche Macht gegenüber Nordkorea nie vollständig aus, versorgt Nordkorea beispielsweise weiterhin mit Lebensmitteln und Energie (Maass 2004: 252). Der Nordkorea-Experte Fang Changping begründete dies kurz vor dem Verhandlungserfolg mit den Worten:

Im Moment setzt China auf Überzeugungsarbeit. Nordkorea befindet sich in einer schwächeren Position. Wenn es das Gefühl hat, in einem internationalen Zusammenhang nicht respektiert zu werden, wird sich das negativ auswirken auf die ganze Entwicklung. Deswegen hütet sich China davor, Pyeongyang zu sehr zu reizen. (Zhang 2005)

Vorsichtig versucht Beijing daher, Pyeongyang zu Zugeständnissen zu bewegen und Nordkorea so letztlich aus seiner Isolation herauszuführen.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie groß die politischen Einflussmöglichkeiten Beijings in Pyeongyang wirklich noch sind und ob es überhaupt möglich sein kann, Nordkorea unter seiner derzeitigen Führung dauerhaft in die Systeme der internationalen Gemeinschaft zu integrieren. Mit seinen Vertragsbrüchen, plötzlichen Rückzügen aus Verhandlungen und widersprüchlichen Forderungen hat Nordkorea längst den Ruf eines unberechenbaren Akteurs (Zhang 2005; Hilpert 2003: 15).

Für die VR China ist die Gemeinsame Erklärung vom 19. September 2005 ein positives, dringend notwendiges Zeichen, um aufgekommene Zweifel am möglichen Erfolg einer chinesischen Vermittlerrolle zu zerstreuen. Entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung von Beijings Erwartungen ist jedoch der langfristige Erfolg der Verhandlungen. Sollte sich die wirtschaftliche Lage Nordkoreas allerdings nicht grundsätzlich bessern, könnte sich Pyeongyang auch nach dem Abschluss eines neuen Rahmenabkommens schon bald erneut gezwungen sehen, durch Erpressung weiterer Hilfsleistungen das Überleben des Regimes zu sichern, wie auch Kreft zu bedenken gibt (Kreft 2003: 226).

Quellen

- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2003a), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Juni. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/03-06.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2003b), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Juli/August. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/03-07.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2003c), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Sep./Okt. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/03-09.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2003d), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Nov./Dez. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/03-11.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004a), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Januar. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-01.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004b), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Februar. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-02.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004c), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, April. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-04.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004d), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Mai. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-05.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004e), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Juni. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-06.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004f), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Juli/August. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-07.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004g), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Sep./Okt. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-08.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2004h), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Nov./Dez. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/04-09.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005a), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Jan./Feb. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-01.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005b), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, März/April. Online: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-02.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005c),

- „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Mai/Juni. Online: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-03.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005d), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Juli/August. Online: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-04.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005e), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Sep./Okt. Online: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-05.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel (2005f), „Korea: Chronik wichtiger Ereignisse“, Uni Kassel, Nov./Dez. Online: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Korea/Chronik/05-06.html>, (Aufruf: 17.11.05)
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (2000), *Kernwaffen in Nordkorea. Regionale Stabilität und Krisenmanagement durch das Genfer Rahmenabkommen*, Bonn: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Hilpert, Hanns Günther (2003), *Nordkorea vor dem ökonomischen Zusammenbruch?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay (2005a), „Der nordkoreanische Atomkonflikt: Eine Chronologie“. Online: <http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?PHPSESSID=b4953e52d91542db6aae207bb4fc029c&id=2570&active=none&page=4> (Aufruf: 25.11.05)
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay (2005b), „Der nordkoreanische Atomkonflikt: Eine Chronologie“. Online: <http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?PHPSESSID=b4953e52d91542db6aae207bb4fc029c&id=2570&active=none&page=2> (Aufruf: 25.11.05)
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay (2005c), „Der nordkoreanische Atomkonflikt: Eine Chronologie“. Online: <http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?PHPSESSID=b4953e52d91542db6aae207bb4fc029c&id=2570&active=none&page=2&page=1> (Aufruf: 25.11.05)
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay (2005d), „Der nordkoreanische Atomkonflikt: Eine Chronologie“. Online: <http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?PHPSESSID=b4953e52d91542db6aae207bb4fc029c&id=2570&active=none&page=1&page=0> (Aufruf: 25.11.05)
- Köllner, Patrick (2005), „Politik und Wirtschaft Nordkoreas 2004/2005“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2005. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IfA, S. 235-244
- Kreft, Heinrich (2003), „Die USA und die zweite nordkoreanische Nuklearkrise“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IfA, S. 217-226
- Kreft, Heinrich (2004), „Die USA und die schwelende nordkoreanische Nuklearkrise“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IfA, S. 263-275
- Lehmacher, Stefan (2005), „Bis an die Zähne bewaffnet. Nordkorea besitzt die viertgrößte Armee der Welt“, ZDF online. Online: <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/18/0,3672,2062770,00.html> (Aufruf: 17.11.2005)
- Maass, Harald (2004), „Nordkoreas großer Bruder – Chinas Interessen auf der koreanischen Halbinsel“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IfA, S. 243-261
- Pohl, Manfred (2003), „Politik und Wirtschaft Nordkoreas 2002/2003“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IfA, S. 205-216
- Schmidt, Hans-Joachim (2002), *Vertrauen und/oder Kontrolle?. Zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea*, Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Zhang, Danhong (2005), „Chinas Interessen als Nordkorea-Vermittler“, Deutsche Welle online, 2. Sep. Online: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1698145,00.html> (Aufruf: 9.10.2005)

* Carola Milbrodt (M.A.) hat Sinologie an der Freien Universität Berlin studiert und erhält derzeit ein Kurzeitstipendium des Instituts für Asienkunde.